

Der Oberbürgermeister

**Amt für Baurecht und
betrieblichen Umweltschutz**

Untere Wasserbehörde



63 · Stadtverwaltung Duisburg · 47049 Duisburg

Wirtschaftsbetriebe Duisburg
Schifferstr. 190
47059 Duisburg

Ihre Nachricht vom
03.12.2025

mein Zeichen / AZ:
40.1-7.2.157

Auskunft erteilt
Frau Joseph

Datum
09.03.2026

Zimmer
904

Telefon
0203/283-985009

Telefax
0203/283-5783

E-Mail
j.joseph@stadt-duisburg.de

**Wasserrechtliche Erlaubnis gemäß § 8 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) zur Entnahme von
Grundwasser zum Zweck der Grundwasserabsenkung im Kalkweg (Höhe 260) in 47279 Duisburg
im Zuge einer Kanalbaumaßnahme**

Sehr geehrte Damen und Herren,

aufgrund Ihres Antrags vom 03.12.2025 ergeht folgende

w a s s e r r e c h t l i c h e E r l a u b n i s

Friedrich-Wilhelm-Str. 96
47051 Duisburg
Öffnungszeiten:
Montag bis Freitag, 8 bis 16 Uhr

Internet: www.duisburg.de
Bank: Sparkasse Duisburg, IBAN: DE05 3505 0000 0200 2004 00
Weitere Hinweise für Menschen mit Behinderungen und
Bankverbindungen finden Sie auf duisburg.de/hinweise

Call Duisburg
02 03 94 00 0
Servicetelefon der Stadt

Inhaltsübersicht:

1. Tenor	2
2. Begründung	3
3. Rechtsgrundlagen	5
4. Allgemeine Angaben, Ort und Art der Grundwasserhaltung	5
5. Dauer der Erlaubnis	5
6. Nebenbestimmungen	6
7. Hinweise	10
8. Gebührenfestsetzung	11
9. Rechtsbehelfsbelehrung	122

1. Tenor

1.1

Hiermit wird den

Wirtschaftsbetrieben Duisburg

Schifferstr. 190

47059 Duisburg

(nachfolgend die Unternehmerin genannt)

unbeschadet der Rechte Dritter die widerrufliche wasserrechtliche Erlaubnis erteilt, den Anforderungen dieses Bescheides entsprechend Grundwasser wie in den Antragsunterlagen dargestellt in einer Höchstmenge von bis zu

130 m³/h

3.120 m³/d

Gesamtmenge 90.171 m³

in einem Zeitraum von ca. **12 Wochen** am Standort Kalkweg (Gemarkung Huckingen, Flur 29 und 31, Flurstück 21 und 1) in 47279 Duisburg für die Bauwasserhaltung einer Baugrube mittels 78 Vakuumpflanzen zu entnehmen und über fliegende Leitungen in den benachbarten Mischwasserkanal einzuleiten.

1.2

Die wasserrechtliche Erlaubnis wird unter Festsetzung der unter Ziffer 6 aufgeführten Nebenbestimmungen erteilt.

1.3

Die Erlaubnis ist gültig bis zum **31.10.2026**.

1.4

Die Kosten für das Verfahren sind vom Antragsteller zu tragen. Es wird eine Verwaltungsgebühr in Höhe von **200,00 €** festgesetzt.

2. Begründung

Die Wirtschaftsbetriebe Duisburg planen den Neubau eines Regenwasserkanals im Kalkweg in Duisburg-Wedau. Während der geplanten Baumaßnahme werden zur Herstellung der Baugruben und Kanalhaltungen in offener Bauweise bauzeitliche Wasserhaltungsmaßnahmen erforderlich. Für die Durchführung der Grundwasserabsenkung kommt eine Unterdruckanlage mit Filterlanzen zum Einsatz.

Das geförderte Grundwasser wird aufgrund der hohen Eisen- und Manganwerte dem städtischen Mischwasserkanal zugeleitet. Dazu wird von den jeweiligen Grundwasserförderabschnitten eine fliegende Leitung zu den vorhandenen Schächten 55940002 (Einleitstelle 1) und 55940003 (Einleitstelle 2) verlegt.

Durch die geplante Grundwasserhaltung sind, bei Einhaltung der Anforderungen dieses Bescheids, keine schädlichen Gewässerveränderungen zu erwarten. Eine Verschlechterung des mengenmäßigen und chemischen Zustands des Grundwassers ist durch die geplante Maßnahme nicht zu erwarten.

Hinweis zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG):

Der Antragsteller beantragt eine Gesamt-Grundwasser-Menge von 90.171 m³ für eine Bauzeit von ca. 12 Wochen im Frühjahr/Frühsummer 2026 zutage zu fördern. Dieses Vorhaben ist in Anlage 1 des UVPG, Nr. 13 wie folgt gelistet:

Nr.	Vorhaben	Spalte 1	Spalte 2
13	Wasserwirtschaftliche Vorhaben mit Benutzung oder Ausbau eines Gewässers:		
13.3	Entnehmen, Zutagefördern oder Zutageleiten von Grundwasser oder Einleiten von Oberflächenwasser zum Zwecke der Grundwasseranreicherung, jeweils mit einem jährlichen Volumen an Wasser von		
13.3.3	5.000 m ³ bis weniger als 100.000 m ³ , wenn durch die Gewässerbenutzung erhebliche nachteilige Auswirkungen auf grundwasserabhängige Ökosysteme zu erwarten sind;		S

Gemäß Nr. 13.3.3 der Anlage A des UVPG muss die standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls „S“ durchgeführt werden, wenn durch die Grundwasserhaltung erhebliche nachteilige Auswirkungen auf grundwasserabhängige Ökosysteme zu erwarten sind. Die Absenkung des Grundwassers wird temporär erfolgen. In dem Auswirkungsbereich des Absenktrichters befinden sich keine grundwasserabhängigen Ökosysteme. Somit ist die Durchführung der standortbezogenen Vorprüfung nicht notwendig.

Durch das Vorhaben sind keine schädlichen Gewässerveränderungen zu erwarten. Es ergeben sich daher aus wasserrechtlicher und wasserwirtschaftlicher Sicht keine grundsätzlichen Bedenken gegen die beabsichtigte Grundwasserentnahme. Der Wasserrechtsantrag wurde von der zuständigen Fachbehörde geprüft. Hierbei ergeben sich nach den heute vorliegenden Erkenntnissen keine entscheidungserheblichen Bedenken. Eine dauerhafte nachteilige Veränderung der Wasserbeschaffenheit ist durch Grundwasserentnahme nicht zu besorgen.

Zu 1.1

Die Benutzung eines Gewässers bedarf gemäß § 8 WHG der Erlaubnis. Das Entnehmen, Zutagefördern, Zutageleiten und Ableiten von Grundwasser sind gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 5 WHG Benutzungen. Die Erteilung der Erlaubnis steht im pflichtgemäßen Ermessen der zuständigen Behörde. Die Zuständigkeit der Unteren Wasserbehörde der Stadt Duisburg ergibt sich aus § 1 Abs. 3 der Zuständigkeitsverordnung Umweltschutz Nordrhein-Westfalen (ZustVU).

Zu 1.2

Gemäß § 13 WHG wird die Erlaubnis unter Festsetzung der unter Nummer 6 aufgeführten Nebenbestimmungen erlassen. Die erlassenen Nebenbestimmungen sind erforderlich und geeignet, um nachteilige Wirkungen für andere zu vermeiden oder auszugleichen. Es ist kein milderes Mittel ersichtlich. Die Verhältnismäßigkeit der Nebenbestimmungen wurde im Rahmen des behördlichen Ermessens geprüft.

Zu 1.3

Dem Antrag vom 03.12.2025 wird entsprochen und das befristete Wasserrecht erteilt. Die Erlaubnis wird befristet erteilt, da es sich bei der beantragten Grundwasserhaltung um eine temporäre Maßnahme handelt, die nach Abschluss der Maßnahme nicht fortgeführt wird. Die geplante Dauer der Grundwasserabsenkung beträgt ca. 12 Wochen.

Zu 1.4

Der Antragsteller trägt gemäß § 13 Abs. 1 Gebührengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (GebG NRW) die Kosten des Verfahrens. Die Kostenentscheidung folgt aus § 1 der Allgemeinen Verwaltungsgebührenordnung Nordrhein-Westfalen (AVwGebO NRW), Tarifstelle 4.3.1.1 und wird unter Ziffer 9 im Detail erläutert.

3. Rechtsgrundlagen

- §§ 8, 9, 10, 11, 13, 17, 18, 32, 33, 36 und 49 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts - Wasserhaushaltsgesetz (WHG),
- § 25, 34 des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen - Landeswassergesetz (LWG),
- § 117 Abs. 1 LWG in Verbindung mit § 1 Abs. 3 Zuständigkeitsverordnung Umweltschutz (ZustVU),
- §§ 1, 2, 9, 10 und 14 des Gebührengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (GebG NRW),
- § 1 und 4 der Allgemeinen Verwaltungsgebührenordnung Nordrhein-Westfalen (AVwGebO) und Tarifstelle 4 des Allgemeinen Gebührentarifs der AVwGebO

in der jeweils aktuell geltenden Fassung.

4. Allgemeine Angaben, Ort und Art der Grundwasserhaltung

4.1 Allgemeine Angaben

Gemeinde: Duisburg

Gemeindeschlüssel: 05112000

Erlaubte Höchstentnahmemengen inklusive der geplanten Dauer der Grundwasserhaltung:

Gesamtfördermenge: ca. 12 Wochen 90.171 m³

4.2 Ort

Gemarkung: Huckingen Flur: 29 und 31 Flurstück: 21 und 1

Kalkweg (Höhe 260), 47279 Duisburg

4.3 Art

Die Grundwasserentnahme erfolgt auf den oben genannten Flurstücken mittels Filterlanzen. Das Grundwasser wird durch fliegende Ablaufleitungen abgeführt und in den vorhandenen Mischwasserkanal der Wirtschaftsbetriebe Duisburg-AöR eingeleitet.

5. Dauer der Erlaubnis

Die Erlaubnis ist gültig bis zum **31.10.2026**.

6. Nebenbestimmungen

6.1 Betrieb der Anlagen / Baumaßnahme

6.1.1

Alle Anlagen zur Gewässerbenutzung sind nach Maßgabe der geprüften und genehmigten Antragsunterlagen unter Beachtung der allgemein anerkannten Regeln der Technik, insbesondere der einschlägigen DIN-Normen und Bauvorschriften sowie der eingeführten Regelwerke zu errichten, sachgemäß zu betreiben und in einem ordnungsgemäßen Zustand zu erhalten. Änderungen bedürfen der vorhergehenden Zustimmung der Unteren Wasserbehörde. Die maximalen Fördermengen, die unter Nr. 4 der Erlaubnis festgesetzt wurden, dürfen nicht überschritten werden. Sollte die Höchstentnahmемenge nicht ausreichen, um das anfallende Grundwasser abzuleiten, ist dies der Unteren Wasserbehörde unverzüglich schriftlich anzuzeigen.

Abweichungen und Änderungen von Dauer und Eingriffsort sind der Unteren Wasserbehörde und der Unteren Naturschutzbehörde im Vorfeld mitzuteilen.

6.1.2

Die Absenkung des Grundwasserspiegels ist auf das unbedingt notwendige Maß (12 Wochen plus 4 Wochen Karenz) zu beschränken.

6.1.3

Der Erlaubnisinhaber haftet für alle Schäden, die im Zusammenhang mit der Benutzung des Grundwassers verursacht werden. Er ist verpflichtet, die Entnahme schadlos für die Umwelt und die Allgemeinheit zu halten. Für Personen, Sach- und Vermögensschäden, die im Zusammenhang mit der Benutzung des Grundwassers und der Errichtung und dem Betrieb der Anlage entstehen, haftet der Erlaubnisinhaber.

6.1.4

Es ist ein Beweissicherungsverfahren durchzuführen. Dazu ist im Vorfeld der geplanten Maßnahme eine Zustandsdokumentation an den Gebäuden des Freibads Wolfssee und den angrenzenden Verkehrsflächen durchzuführen.

6.1.5

Der Beginn und Abschluss der Baumaßnahme ist der Unteren Wasserbehörde (uwb@stadt-duisburg.de) und der Unteren Naturschutzbehörde (unb@stadt-duisburg.de) binnen zwei Wochen vor Beginn sowie nach Abschluss schriftlich anzuzeigen. Hierbei sind zu Beginn ein verantwortlicher Ansprechpartner und sein Vertreter sowie der verantwortliche Bohrgeräteführer zu benennen.

6.1.6

Der Bohrlochabschluss ist oberirdisch dauerhaft so auszubilden, dass kein Fremdwasser direkt in das Grundwasser gelangen kann.

6.1.7

Durch die Arbeiten darf keine Verunreinigung von Grundwasser oder Boden eintreten. Im Bereich der Baustelle sind wassergefährdende Stoffe, wie zum Beispiel Kraftstoffe, Öle und sonstige chemischen Einsatzstoffe so zu lagern, dass keine wassergefährdenden Stoffe in den Untergrund gelangen können. Der Erlaubnisinhaber hat sicherzustellen, dass entsprechende Hilfsmittel zur Schadensabwehr (zum Beispiel Ölbindemittel, Auffangbehälter bzw. Schwimmsperren und Abdeckfolien) jederzeit vorgehalten werden können.

6.1.8

Beim Betanken von Baufahrzeugen oder Maschinen verschüttete oder abgetropfte Treib- oder Schmierstoffe sind sofort aufzunehmen und schadlos in einer dafür zugelassenen Anlage zu beseitigen.

6.1.9

Sollten sich bei der Baumaßnahme oder im Rahmen sonstiger Vorgänge Hinweise auf schädliche Bodenveränderungen oder Gewässerverunreinigungen ergeben, so ist die Untere Bodenschutzbehörde bzw. die Untere Wasserbehörde unverzüglich zu informieren.

6.1.10

Bäume dürfen im Zusammenhang mit der Baumaßnahme nicht gefällt werden, da sie im Geltungsbereich des Landschaftsplans geschützt sind.

6.2 Grundwasserhaltung

6.2.1

Das geförderte Wasser darf nicht für Zwecke des menschlichen Gebrauchs und Genusses (Trink-, Wasch- und Badewasser) verwendet werden.

6.2.2

Bei Einbau, Betrieb und Nachkontrollen des Messsystems sind die vom jeweiligen Hersteller angegebenen Vorschriften und die zur Sicherheit der Messgenauigkeit maßgeblichen Randbedingungen einzuhalten.

6.2.3

Alle Anlagen zur Gewässerbenutzung sind entsprechend den geprüften Antragsunterlagen sowie den allgemein anerkannten Regeln der Technik entsprechend zu errichten, zu betreiben und zu unterhalten. Änderungen an den Grundwasserförder- oder Einleitungsanlagen, die sich auf die festgesetzten Fördermengen oder die Qualität des einzuleitenden Wassers auswirken können, bedürfen der Zustimmung der Unteren Wasserbehörde.

6.2.4

Die Förderanlagen und sonstigen Grundwasserhaltungsanlagen sind gegen den Zugriff unbefugter Dritter so zu sichern, dass eine missbräuchliche Nutzung der Anlagen ausgeschlossen werden kann.

6.2.5

Es darf nur so viel Grundwasser gefördert werden, dass die Grundwasserförderung zu keinen Bauschäden an umliegenden Gebäuden führt.

6.2.6

Nach Abschluss der Grundwasserhaltungsarbeiten hat der Antragsteller die Anlagen für die Gewässerbenutzung zu entfernen. Baugruben, Brunnen und sonstige Einrichtungen für die Gewässerbenutzung müssen vollständig beseitigt werden und in Anspruch genommene Flächen müssen wieder ordnungsgemäß instandgesetzt werden.

6.3 Anforderungen an die Einleitung des gehobenen Wassers

6.3.1

Alle abwasserführenden Systeme sind sachgemäß zu betreiben und in einem ordnungsgemäßen Zustand zu erhalten.

6.3.2

Für die Einleitung ist eine Einleitgenehmigung des Kanalnetzbetreibers zu beantragen und die Auflagen, Bedingungen und Hinweise des Kanalnetzbetreibers Wirtschaftsbetriebe Duisburg - AöR einzuhalten.

6.3.3

Es sind alle notwendigen Vorkehrungen zu treffen, dass bei Betriebsstörungen und Havarien sowie sonstigen Schadensfällen (z.B. Brandfall) zusätzliche Gewässerverunreinigungen vermieden oder so gering wie möglich gehalten werden.

6.3.4

Die Ablaufleitung ist so zu verlegen und abzusichern, dass von ihr keine Gefährdungen für Fußgänger oder den Straßenverkehr ausgehen können.

6.4 Schutz gegen Auswirkungen von Betriebsstörungen und Bränden

6.4.1

Es sind alle notwendigen Vorkehrungen zu treffen, dass bei Betriebsstörungen und betrieblichen Havarien sowie sonstigen Schadensfällen (z. B. Bränden) Gewässerverunreinigungen vermieden oder so gering wie möglich gehalten werden.

6.4.2

Für den Betrieb, die Unterhaltung, die Kontrolle und die Wartung der Anlagen zur Gewässerbenutzung ist in ausreichender Zahl Personal einzusetzen, das eine geeignete Vorbildung besitzt. Das Personal ist mit der Funktionsweise der Anlagen umfassend vertraut zu machen.

6.4.3

Betriebsstörungen und sonstige Vorkommnisse, die erwarten lassen, dass grundwassergefährdende Stoffe in den Boden oder das Grundwasser gelangen, sind der Unteren Wasserbehörde unverzüglich anzuzeigen.

6.5 Allgemeine Nebenbestimmungen

6.5.1

Der Erlaubnisinhaber hat für den gesamten Zeitraum der Wasserhaltung ein Betriebstagebuch zu führen. Auf Verlangen sind der Unteren Wasserbehörde die Eintragungen vorzulegen und / oder zu übersenden. Das Betriebstagebuch ist jederzeit zur Einsichtnahme durch die Untere Wasserbehörde auf der Baustelle bereitzuhalten.

Folgende Inhalte müssen mindestens in dem Betriebstagebuch dokumentiert sein:

- Die Mengenmessung der aktiven Förderpumpe zur Grundwasserentnahme ist arbeitstäglich unter Angabe der Uhrzeit zu notieren und
- nach Abschluss der Grundwasserentnahme sind die geförderte Gesamtwassermenge und die eingeleitete Gesamtwassermenge zu notieren.

6.5.2

Wesentliche Änderungen der diesem Bescheid zugrundeliegenden Betriebseinheiten, Erweiterung und Stilllegung, die für die Menge und Qualität des Grundwassers von Bedeutung sein könnten, sind der Unteren Wasserbehörde vor der Durchführung der Maßnahmen mitzuteilen. Dabei sind die durch die

Maßnahmen zu erwartenden mittelbaren und unmittelbaren Auswirkungen auf das Grundwasser anzugeben.

6.5.3

Die Erlaubnis steht unter dem Vorbehalt, dass die mit der Erlaubnis verbundenen Nebenbestimmungen insoweit geändert oder ergänzt werden können, als dies zum Schutz des Gewässers oder zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung notwendig wird.

6.5.4

Der Erlaubnisbescheid und sämtliche mit ihm im Zusammenhang stehenden Unterlagen sind bis zum Ablauf von drei Jahren nach Erlöschen dieser Erlaubnis aufzubewahren.

7. Hinweise

7.1

Die Erlaubnis ergeht nach wasserrechtlichen Vorschriften. Nach anderen Gesetzen oder Vorschriften erforderliche Regelungen, wie zum Beispiel nach dem Kreislaufwirtschaftsgesetz, werden von ihr nicht erfasst. Diese Erlaubnis beinhaltet nur die nach dem Wasserrecht für die Benutzung eines Gewässers einzuholende Erlaubnis, sie lässt aufgrund anderer gesetzlicher Vorschriften bestehende Verpflichtungen zum Einholen von Genehmigungen, Erlaubnissen, Zustimmungen oder zum Erstellen von Anzeigen unberührt.

7.2

Eine Baustelleneinrichtungsfläche darf nur außerhalb bewaldeter Bereiche eingerichtet werden.

7.3

Der Schutz der benachbarten Gehölze (Bäume und Sträucher) ist gemäß DIN 18920 vor Beginn der Arbeiten sicherzustellen.

7.4

Die Erlaubnis wird unbeschadet der Rechte Dritter erteilt.

7.5

Die Erlaubnis steht unter dem Vorbehalt des § 13 WHG.

7.6

Die Erlaubnis befreit nicht von der Haftung gemäß §§ 89 und 90 WHG.

7.7

Zur Durchführung der behördlichen Überwachung gemäß §§ 100 und 101 WHG in Verbindung mit §§ 93 und 97 LWG, hat die Unternehmerin der Unteren Wasserbehörde, oder den von der Unteren Wasserbehörde beauftragten Personen, das Betreten des Grundstückes zur Durchführung der Gewässeraufsicht zu gestatten.

7.8

Der Unternehmerin können die Kosten der Gewässeraufsicht auferlegt werden, soweit sich die Überwachung auf die Einhaltung ihrer Pflichten bezieht. Die Unternehmerin trägt weiterhin die Kosten, wenn die Überwachung ergibt, dass von ihr wasserrechtliche Vorschriften und Verpflichtungen nicht erfüllt wurden (§ 96 LWG).

7.9

Die Erlaubnis ist gemäß § 18 WHG widerruflich.

7.10

Die Erlaubnis geht gemäß § 8 Abs. 4 WHG mit dem Wechsel des Eigentums an den Gewässerbenutzungsanlagen auf den Nachfolger über.

7.11

Gemäß § 25 Abs. 2 LWG besteht bei Änderung der Gewässerbenutzungsanlage eine Anzeigepflicht.

7.12

Auf die Bußgeldbestimmungen nach § 103 WHG und § 123 LWG sowie auf die Straftatbestimmungen der §§ 324 bis 330 d des Strafgesetzbuches wird hiermit hingewiesen.

8. Gebührenfestsetzung

Die Kostenentscheidung folgt aus § 1 der Allgemeinen Verwaltungsgebührenordnung Nordrhein-Westfalen (AVwGebO NRW), Tarifstelle 4.3.1.1.

Gemäß der Tarifstelle 4.3.1.1 beträgt bei Entscheidungen über die Erlaubnis der Gewässerbenutzung die Gebühr 0,1 Prozent des Wertes der Benutzung, mindestens jedoch 200 Euro. Der Wert der Benutzung im Erlaubniszeitraum bestimmt sich gemäß Ziffer 1.1 Buchstabe a) des Anhang 5 der AVwGebO NRW.

Der Wert der Gewässerbenutzung im Erlaubniszeitraum ermittelt sich wie folgt:

Zutagefördern von Grundwasser in einer Menge von 90.171 m³/a			
Menge m³/a		Wertzahl	Wert
von	bis	€/m³/a	€
	2.000	3,00	6.000
2.001	10.000	1,50	12.000
10.001	100.000	0,50	40.086
100.001	1.000.000	0,10	
1.000.001	10.000.000	0,02	
10.000.001	100.000.000	0,01	
≥ 100.000.001		0,005	
Gesamt			58.086
davon 0,1 % Gebühr			58,09
Mindestgebühr 200 €			200,00

Gemäß § 4 AVwGebO NRW sind Bruchteilbeträge auf halbe und volle Eurobeträge nach unten abzurunden.

Für die Erteilung der Erlaubnis wird eine Verwaltungsgebühr in Höhe von

200,00 €

(in Worten: Zweihundert Euro)

festgesetzt.

Ich bitte Sie, die festgesetzte Verwaltungsgebühr in Höhe von 200,00 Euro unter Angabe des Vertragsgegenstands und des Aktenzeichens auf eines der auf dem Briefkopf angegebenen Konten der Stadt Duisburg bis zum **30.04.2026** zu überweisen:

Vertragsgegenstand: 200012718354

Aktenzeichen: 40.1-7.2.157


(bitte unbedingt angeben)

9. Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage erhoben werden. Die Klage ist bei dem Verwaltungsgericht Düsseldorf, in Düsseldorf zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag


Juliane Joseph